



## Geschäftsführung Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Haller-Vetter

Telefon: (0221) 22822

Fax: (0221) 27214

E-Mail: ursula.haller-vetter@stadt-koeln.de

Datum: 15.11.2022

## Beschlussprotokoll

über die **Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 14.11.2022, 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Gespräche und Vorträge

#### 2 Anträge, Beschlüsse und Beschlussempfehlungen

##### 2.1 KVB - neues Niederflur Stadtbahnfahrzeug (Arbeitstitel NF12)

**hier: Antrag des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen zur nicht gegebenen Barrierefreiheit im Modell**

##### **Geänderter Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat begründete Bedenken, dass das neu anzuschaffende Niederflurfahrzeug „NF12“ nicht barrierefrei ist.

Sie fordert alle zuständigen Organe und Personen dazu auf, auf eine Änderung der Fahrzeuggestaltung hinzuwirken. Eine Anschaffung darf in der Ausgestaltung vom 28.07.22 nicht erfolgen.

Die Geschäftsführung wird gebeten, diesen Beschluss dem Rat und allen relevanten Fachausschüssen, insbesondere dem Verkehrsausschuss, dem AVR **sowie dem Sozialausschuss**, schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen.

##### 2.2 Veranstaltung "Gesundheit inklusiv! Kölner Wege zur medizinischen Versorgung ohne Barrieren" zum "Kölner Tag der Menschen mit Behinderung"

**hier: Antrag des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen zu Forderungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik**

**Beschluss:**

Als Ergebnis der Veranstaltung „Gesundheit inklusiv! Kölner Wege zur medizinischen Versorgung ohne Barrieren“ am 12.09.2022 beschließt die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik folgende Forderungen:

- Fortbildung und Sensibilisierung zur Barrierefreiheit  
Medizinisches Personal soll verpflichtend im Umgang mit Menschen mit Behinderung, zu Bedarfen und Möglichkeiten sensibilisiert und ausgebildet beziehungsweise geschult werden.
- Barrierefreie Kommunikation  
Terminvereinbarungen und Beratungsgespräche sollen den Bedarfen der Zielgruppen angepasst werden. Benötigt werden beispielsweise Informationen in einfacher Sprache und Angebote für Menschen mit Hör- oder Sehbeeinträchtigung.
- Barrierefreie Information  
Menschen sollen sich vorab informieren können, welche Maßnahmen der Barrierefreiheit in den Praxen / Kliniken zur Verfügung stehen. Informationen in Suchmaschinen und auf Websites der Praxen und Kliniken sollen barrierefrei zugänglich und aktuell sein.
- Barrierefreie Erreichbarkeit und Nutzbarkeit  
Arztpraxen und Krankenhäuser sollen gut erreichbar sein (zum Beispiel in der Nähe von Haltestellen, Aufzüge müssen vorhanden sein). Die Ausstattung wie Toiletten, Türen, Untersuchungsmöbel muss barrierefrei nutzbar sein.

Dafür ist es dringend erforderlich, dass bereits bestehende Gesetze und Vorgaben umgesetzt werden. Dies ist bislang nicht flächendeckend der Fall.

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließen, dass die Geschäftsführung diesen Beschluss inklusive der Dokumentation dem Rat und folgenden Ausschüssen zur Verfügung stellt:

- Gesundheitsausschuss
- Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren
- Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
- Stadtarbeitsgemeinschaft LSBTI
- Seniorenvertretung.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen.

## **2.3 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement (KIM)“ 2904/2022**

### **Beschluss:**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik bittet die Fachausschüsse des Rates, dem Rat zu empfehlen, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt entsprechend der gesetzlichen Verankerung im Teilhabe- und Integrationsgesetz Nordrhein-Westfalen

1. die weitere Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM) ab dem 01.01.2023 mit den Förderbausteinen

am 14.11.2022

- (1) Betrieb eines strategischen Kommunalen Integrationsmanagements und
- (2) Durchführung eines rechtskreisübergreifenden, individuellen Case Managements

unter dem Vorbehalt des Eingangs des Bewilligungsbescheides der Bezirksregierung Arnsberg (Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration NRW (MKJFGFI)).

2. die Finanzierung des Vorhabens vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023/2024 wie dargestellt::

- Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 1.373.575,00€ werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es fallen insgesamt Aufwendungen in der Teilplanzeile 11- Personalaufwendungen in Höhe von 343.475,00€, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen in Höhe von 952.000,00€ und in der Teilplanzeile 16- Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 78.100,00€ an. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02- Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.118.100,00€ zu rechnen. Die den Ertrag übersteigenden Aufwände in Höhe von 255.475,00€ werden mit einem Anteil von 73.475,00€ (Personalkosten) und einem Anteil von 182.000,00€ (Sachkosten) aus dem Stellenbudget des Dezernates OB bzw. innerhalb des Budgets des Teilplans 0504- Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.
- Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 1.454.000,00 € werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es fallen insgesamt Aufwendungen in der Teilplanzeile 11- Personalaufwendungen in Höhe von 423.900,00€, in der Teilplanzeile 15- Transferaufwendungen in Höhe von 952.000,00€ und in der Teilplanzeile 16- Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 78.100,00€ an. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02- Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von 1.118.100,00€ zu rechnen. Die den Ertrag übersteigenden Aufwände in Höhe von 335.900,00€ werden mit einem Anteil von 153.900,00€ (Personalkosten) und einem Anteil von 182.000,00€ (Sachkosten) aus dem Stellenbudget des Dezernates OB bzw. innerhalb des Budgets des Teilplans 0504- Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig beschlossen.

**3 Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei Bürgerbeteiligungen und Verwaltungsvorhaben**

**3.1 Erarbeitung eines Leitfadens für Öffentlichkeitsbeteiligung mit einer systematischen Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung  
hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die mündliche Mitteilung zur Kenntnis.

**4 Mitteilungen, Sachstandsberichte und Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

**4.1 Beschäftigung von Menschen mit Behinderung bei der Kölner Stadtverwaltung  
Nachreichung zu TOP 1.1 der Sitzung vom 23.06.2022  
3147/2022**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.2 Neuaufstellung NRWeltoffen in Köln  
3557/2022**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.3 Ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Behinderung stärken  
hier: mündlicher Bericht des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die mündliche Mitteilung zur Kenntnis.

**4.4 Antrag auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, 4. Kapitel)  
hier: mündlicher Sachstandsbericht  
3099/2022**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**4.5 Landesinitiative Gewaltschutz NRW in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen  
hier: mündlicher Bericht des stimmberechtigten Mitglieds Wolfgang Schaefer (DRK)**

Die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nehmen zur Kenntnis, dass der Sachstandsbericht der Niederschrift beigelegt wird.

**4.6 Qualifizierungsangebote Diskriminierungsfreies Handeln im Schulungsprogramm der Stadt Köln  
3529/2022**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**4.7 "Elektro-Tretroller - Klärung von rechtlichen Grundlagen"**  
**Sachstandsnachfrage zu TOP 4.1 der Sitzung vom 18.11.2021 der Stadtarbeits-**  
**gemeinschaft Behindertenpolitik**  
**hier: Mündlicher Bericht von Herrn Christian Leitow, Amt für nachhaltige Mobili-**  
**tätsentwicklung**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den mündlichen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**5 Anfragen**

**5.1 Anfrage an die Verwaltung zur städtischen Bilanz des Projektes "Wie inklusiv ist das Quartier"**  
**hier: Anfrage des stimmberechtigten Mitglieds Paul Intveen**

**5.2 Gesundheitliche Vorsorge behinderter Menschen in städtischen Einrichtungen und anderer behinderte Einwohner\*innen Kölns im Rahmen der Auswirkungen des Klimawandels**  
**AN/1987/2022**

**5.3 Bauliche Maßnahmen im Zuge des Klimawandels hinsichtlich gesundheitlicher Auswirkungen auf behinderte Menschen in städtischen Einrichtungen und behinderter Einwohner\*innen Kölns im Allgemeinen**  
**AN/1988/2022**

**6 Bericht der Behindertenbeauftragten**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**7 Diversity**

**8 Berichte aus den Fachausschüssen des Rates**

**9 Verschiedenes**